

**An die
Mülheimer Medien****27.08.2015****Flüchtlingsunterbringung in der Turnhalle Ernst-Tommes-Straße:****Versagen der Landes- und Bezirksregierung**

„Die jetzt bekannt gewordene kurzfristige Belegung auch der Turnhalle Ernst-Tommes-Straße als weiteren Erstaufnahmeplatz für Flüchtlinge in Mülheim an der Ruhr ist das Ergebnis vor allem einer verfehlten Flüchtlingspolitik der SPD-geführten Landesregierung“, kritisieren der CDU-Oberbürgermeisterkandidat Werner Oesterwind und der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Michels.



Diese verfehlte Flüchtlingspolitik auch bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen fange bei ihrer kurzfristigen, überfallartigen Zuweisung und Bereitstellung von Notquartieren an. Sie mache es daher, so Oesterwind und Michels, nahezu unmöglich, vorher mit der Wohn-Nachbarschaft über das zukünftige Miteinander zu reden. Damit leiste die Landesregierung - im Unterschied zu anderen Bundesländern wie Bayern - zwangsläufig der Willkommenskultur auch in unserer Stadt einen „Bären-dienst“. Dieser Schaden werde noch dadurch größer, dass nicht nur Kriegsflüchtlinge z.B. aus Syrien und dem Irak vom Land nach Mülheim an der Ruhr zugewiesen werden, sondern zu

50% Personen, die aus den sicheren Balkanstaaten kommen, die zum Teil EU-Beitrittskandidaten sind. Werner Oesterwind: „Hierfür schwindet zu Recht in der Mülheimer Bürgerschaft zunehmend das Verständnis!“ Die Krönung des Ganzen ist, dass die Kraft'sche Landesregierung sich angesichts dieser Herausforderungen nach wie vor weigere, auch Mülheim an der Ruhr die Unterbringungs- und Betreuungskosten für Flüchtlinge in Millionenhöhe vollständig zu erstatten.

Werner Oesterwind: „Die Vorgehensweise der Landes- und Bezirksregierung ist ein weiteres Beispiel dafür, wie letztlich die Kommunen und auch Mülheim an der Ruhr nicht nur zum willenlosen Vollstrecker einer konzeptlosen Flüchtlingspolitik der SPD-geführten Landesregierung degradiert werden, sondern auch letztlich Stück für Stück die kommunale Selbstverwaltung demontiert wird. Meine Forderung: Hier ist im Land dringend das Ruder herum zu reißen, um eine nachvollziehbare Flüchtlingsunterbringung und Asylpolitik zu organisieren.“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

-Fraktionsgeschäftsführer -